

Inhalt

Kapitel 1 Embryonenforschung als internationales und nationales Rechtsproblem

1. Abschnitt: Einleitung und Gang der Untersuchung.....	1
2. Abschnitt: Deutschland und das EMRÜ Biomedizin	4
A. Die dem EMRÜ Biomedizin zu Grunde liegende Regelungstechnik.....	4
B. Bestimmungen des EMRÜ Biomedizin zum Embryonenschutz.....	5
I. Aktivitäten des Europarates auf dem Gebiet der Bioethik und des Embryonenschutzes vor Schaffung des EMRÜ Biomedizin	5
II. Entstehungsgeschichte der Bestimmungen des EMRÜ Biomedizin zum Embryonenschutz	7
III. Bewertung des durch das EMRÜ Biomedizin erreichten Schutzniveaus	10
1. Kein Verbot der verbrauchenden Embryonenforschung.....	10
2. Formelkompromiß statt substantieller Einigung.....	12
3. Symbolischer Charakter des Verbots der Erzeugung von Forschungsembryonen	13
4. Keine menschenrechtliche Dimension des Embryonenschutzes.....	13
IV. Zusatzprotokolle zum EMRÜ Biomedizin	15
1. Zusatzprotokoll über das Verbot des Klonens menschlicher Lebewesen	15
2. Geplantes Zusatzprotokoll zum Schutz von Embryonen und Föten	17
3. Zusatzprotokoll über die biomedizinische Forschung.....	17
V. Zwischenergebnis	18
C. Die Diskussion über das EMRÜ Biomedizin in Deutschland	18
D. Zusammenfassung.....	20
3. Abschnitt: Deutschlands Positionsbestimmung im Umgang mit der embryonalen Stammzellenforschung als neuem Anwendungsfeld der Embryonenforschung	21

Kapitel 2 Der Rechtsrahmen für die Bestimmung des Schutzniveaus für Embryonen

1. Abschnitt: Universelles Völkerrecht.....	25
A. Recht auf Leben	25
I. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948	25
II. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966	27
1. Entstehungsgeschichte	27
2. Entscheidungen des Menschenrechtsausschusses	28
III. Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989	29
IV. Allgemeine Erklärung über das menschliche Genom und Menschenrechte der UNESCO vom 11.11.1997	32
V. Zwischenergebnis	33
B. Menschenwürde	34
I. Menschenwürde im modernen Völkerrecht	34
II. Entstehungsgeschichtlicher Hintergrund	37
III. Funktionen der Menschenwürde im Völkerrecht	38
1. Quelle der Menschenrechte	38
2. Ziel der Menschenrechte	39
3. Eigenes Menschenrecht oder objektivrechtliches Prinzip der Menschenrechtsordnung?	39
4. Konkretisierung der Menschenwürde in Bezug auf den Embryonenschutz	42
IV. Zwischenergebnis	45
C. Forschungsfreiheit	46
I. Forschungsfreiheit im Völkerrecht	46
II. Forschungsfreiheit als Menschenrecht	46
1. Art. 27 AEMR/Art. 15 Abs. 1 IPWSKR	47
2. Art. 15 Abs. 3 IPWSKR	47
3. Art. 13 IPWSKR	48
4. Vertiefung der Forschungsfreiheit durch Soft Law	48
a) Empfehlung zur Stellung der wissenschaftlichen Forscher der UNESCO vom 23.11.1974	48
b) Empfehlung zur Stellung des Lehrpersonals im höheren Bildungswesen der UNESCO vom 11.11.1997	49
c) Allgemeine Erklärung über das menschliche Genom und Menschenrechte der UNESCO vom 11.11.1997	50
d) Deklaration über Wissenschaft und die Verwendung wissenschaftlichen Wissens der Weltwissenschaftskonferenz von Budapest vom 16.11.1999	51
e) Exkurs: Aktivitäten auf NGO-Ebene	51

III. Einzelfragen zur Forschungsfreiheit.....	52
1. Dogmatische Verankerung und personaler Schutzbereich.....	52
2. Sachlicher Schutzbereich	54
IV. Begrenzungen der Forschungsfreiheit	55
V. Zwischenergebnis	55
D. Zusammenfassung.....	56
2. Abschnitt: Regionaler Menschenrechtsschutz in Europa (EMRK).....	57
A. Recht auf Leben	57
I. Entstehungsgeschichte von Art. 2 EMRK	57
II. Judikatur der Europäischen Kommission für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	58
1. Brüggemann und Scheuten gegen Bundesrepublik Deutschland	58
2. Paton gegen Vereinigtes Königreich.....	58
3. H. gegen Norwegen	59
4. Open Door und Dublin Well Woman gegen Irland	60
III. Zwischenergebnis	60
B. Menschenwürde	61
I. Menschenwürde in der EMRK	61
II. Menschenwürde im EMRÜ Biomedizin.....	63
III. Zwischenergebnis	64
C. Forschungsfreiheit.....	64
D. Verbrauchende Embryonenforschung und EMRK	66
I. Inhaltliche Offenheit der Rechtsprechung	66
1. Vager Charakter der Rechtsprechung der Straßburger Organe zu Art. 2 EMRK	66
2. Evolutive Auslegung der EMRK durch den EGMR.....	66
II. Derzeit fehlende Basis für die Fruchtbarmachung einer rechtsver- gleichenden Auslegung.....	67
III. Ermessensspielraum der Vertragsstaaten.....	68
IV. Zwischenergebnis	68
E. Zusammenfassung.....	69
3. Abschnitt: Deutsches Verfassungsrecht	70
A. Menschenwürde	70
I. Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG als Kern der verfassungsrechtlichen Debatte um die Biomedizin in Deutschland	70
II. Definitionsansätze zur Bestimmung des Inhalts der Menschenwürde...	71
1. Positive Definitionsansätze	71
a) Werttheoretischer Ansatz	71
b) Leistungstheoretischer Ansatz.....	73
2. Negativdefinition und Objektformel	73

III. Verfassungsmäßigkeit der verbrauchenden Embryonenforschung auf Basis der herrschenden Objektformel.....	75
1. Verkopplung von Menschenwürde und Recht auf Leben:	
Die Definition der menschenwürdeverletzenden Handlung als Problem	75
a) Eröffnung des personalen Schutzbereichs.....	75
b) Anwendung der Negativdefinition der Menschenwürde auf die Forschung am Embryo	77
aa) Mangelnde Einschlägigkeit konsentierter Verletzungstatbestände	77
bb) Eingriff in das Lebensrecht als Würdeverletzung.....	78
cc) Anwendung der Objektformel	78
c) Unzulänglichkeiten der Anwendung der Objektformel auf Fragen der Embryonenforschung	80
aa) Wertungswidersprüche bei Annahme eines absoluten Schutzes des Embryos	80
bb) Begriffliche Offenheit der Objektformel als Gefahr ihrer Vereinnahmung	80
cc) Absolutheitsanspruch der Menschenwürde als Tabu gesellschaftlichen Diskurses.....	81
dd) Schwächung der Konsensfunktion der Menschenwürde	82
2. Entkopplung von Menschenwürde und Recht auf Leben:	
Die Überwindung der Einschlägigkeit des Grundrechts auf Achtung der Menschenwürde und die Einschränkung des Rechts auf Leben als Problem.....	82
a) Alleinige Beurteilung der verbrauchenden Embryonenforschung am Maßstab des Art. 2 Abs. 2 GG	82
b) Abgestufter Lebensschutz als Argument für die Zulässigkeit der verbrauchenden Embryonenforschung	84
c) Unzulänglichkeiten von Entkopplungsansatz und gestuften Lebensschutz	85
aa) Unzulänglichkeiten der Konkurrenz Betrachtung	85
bb) Verallgemeinerungsfähigkeit der Rechtsprechung zum Schwangerschaftsabbruch im Hinblick auf einen abgestuften Lebensschutz bei der Embryonenforschung	86
cc) Menschenrechtsgedanke als Grenze von Abstufungen beim Lebensschutz	88
3. Zwischenergebnis	90
IV. Der Beginn individuellen Lebens im Sinne von Art. 1 Abs. 1 Satz 1 und Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG als Schlüssel zur Anwendbarkeit der Grundrechte auf Achtung der Menschenwürde und des Rechts auf Leben	90
1. Der Beginn individuellen menschlichen Lebens als zentrale Fragestellung.....	90

2. Kritische Betrachtung des Befruchtungszeitpunktes.....	93
a) Embryologische Kritik einer rein genetischen Definition von Individualität	93
b) Molekularbiologische Zweifel an einer Fixierung auf die Befruchtung	94
c) Individualität und Zwillingsbildung	96
d) Individualität im Lichte der Klonierungstechnik.....	97
e) Befruchtung und kontinuierlicher Entwicklungsprozeß	98
f) Entwicklung und Potentialität	99
3. Neubestimmung des Beginns individuellen menschlichen Lebens im verfassungsrechtlichen Sinn	101
4. Zwischenergebnis	103
V. Zusammenfassung	103
B. Recht auf Leben	104
C. Forschungsfreiheit	105
I. Bedeutung der Forschungsfreiheit im Kontext der Embryonenforschung	105
II. Schutzbereich der Forschungsfreiheit.....	105
1. Bestimmung des Schutzbereichs.....	105
2. Einschränkung durch schutzbereichslimitierende Ansätze	107
a) Inanspruchnahme der Rechtsgüter Dritter als nicht vom Schutzbereich erfaßte Tätigkeiten	107
b) Trennung zwischen Werk- und Wirkbereich.....	107
c) Ethische Limitierungen der Forschungsfreiheit.....	108
d) Festhalten am weiten Schutzbereich.....	108
III. Schranken der Forschungsfreiheit	109
1. Wissenschaftsfreiheit als schrankenlos gewährtes Grundrecht	109
2. Beschränkung durch die Schrankentrias der allgemeinen Handlungsfreiheit	109
3. Beschränkung durch die Schranken der Meinungsfreiheit.....	110
4. Beschränkung durch verfassungsimmanente Schranken	110
a) Verfassungsimmanente Schranken als Mittel zur Beschränkung vorbehaltloser Grundrechte	110
b) Embryonenschutz als Rechtsgut von Verfassungsrang	111
aa) Bestimmung und Funktion der Rechtsgüter von Verfassungsrang	111
bb) Ableitung aus der Kompetenznorm des Art. 74 Abs. 1 Nr. 26 GG	113
cc) Ableitung aus der Menschenwürde (Selbstentwürdigung durch Embryonenforschung)	113
dd) Ableitung aus dem verfassungsimmanenten Prinzip der Forschungsverantwortung	114
IV. Zwischenergebnis	117

D. Herstellung praktischer Konkordanz zwischen dem Grundrecht der Forschungsfreiheit und dem Verfassungsrechtsgut des Embryonenschutzes ...	117
I. Verfassungsrechtliche Determination im Zeichen technischen Fortschritts und gesellschaftlichen Wandels	117
II. Einzelfallorientierte Abwägung.....	119
1. Überzählige Embryonen	119
2. Erzeugung von Forschungsembryonen.....	121
3. Therapeutisches Klonen.....	121
III. Zwischenergebnis	122
E. Zusammenfassung.....	123

Kapitel 3 Einzelstaatliche Regelungsmodelle zur Embryonenforschung

1. Abschnitt: USA als liberales Regelungsmodell.....	125
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben.....	125
I. Schutz des Lebens	125
1. Leitentscheidungen zur Abtreibung	125
2. Keine Grundrechtsposition des ungeborenen Lebens aus dem vierzehnten Zusatzartikel	129
3. Keine Schutzpflicht des Staates für das ungeborene Leben.....	129
4. Bedeutung der Rechtsprechung für die Biomedizin	130
II. Menschenwürde.....	131
1. Kein expliziter Schutz durch die Verfassung.....	131
2. Rechtsprechung des Obersten Bundesgerichts.....	131
3. Menschenwürde als Verfassungswert begrenzter Reichweite	134
III. Forschungsfreiheit	135
1. Schweigen von Verfassung und Oberstem Bundesgericht zur Forschungsfreiheit	135
2. Schutz der Forschungsfreiheit durch den ersten Zusatzartikel.....	136
a) Meinungsfreiheit als einschlägiges Grundrecht	136
b) Verfassungsgeschichtliche Argumentation	137
c) Wissenschaftliches Experimentieren als Meinungsäußerung.....	138
d) Wissenschaftliches Experimentieren als notwendige Vorstufe zur Meinungsäußerung	139
3. Rechtfertigung von Eingriffen in die Tätigkeit von Wissenschaftlern.....	141
a) Anwendung eines strengen Rechtfertigungsmaßstabs („strict scrutiny“).....	141
b) Anwendung eines mittleren Rechtfertigungsmaßstabs („O’Brien test“).....	141
c) Anwendung eines einfachen Rechtfertigungsmaßstabs („rational basis test“).....	143

d) Allgemeine Erfordernisse der Due Process Klausel	143
4. Schutz der Forschungsfreiheit als offene Verfassungsfrage	144
IV. Zwischenergebnis	144
B. Gesetzlicher Rahmen	145
I. Ebene der Bundesstaaten	145
1. Kein einheitliches Regelungskonzept	145
2. Überblick verschiedener Regelungsansätze der Bundesstaaten	146
a) Verzicht auf Regelungen zum Embryonenschutz.....	146
b) Verbot der Forschung an abgetriebenen Föten bei gleichzeitiger Nicht-Regelung des Umgangs mit Embryonen	146
c) Verbot von Forschung an Embryonen bei gleichzeitig erlaubter Forschung mit abgetriebenen Föten	147
d) Gänzlich Verbot von Forschung an Embryonen und abgetriebenen Föten	148
II. Ebene des Bundes.....	148
1. Keine spezielle Gesetzgebung des Bundes zur Embryonen- forschung	148
2. Einflußnahme über die Forschungsförderung des Bundes.....	148
a) Förderauflagen als Mittel staatlicher Einflußnahme.....	148
b) Förderung der Embryonenforschung.....	150
aa) 70er Jahre bis 1993: EAB-Zustimmungspflicht und faktisches Moratorium	150
bb) Seit 1993: Finanzierungssperre durch die Haushalts- gesetzgebung des US-Kongresses	150
III. Zwischenergebnis	152
C. Diskussion um embryonale Stammzellen in den USA.....	152
I. Raab-Memorandum als Schlüssel zur öffentlichen Förderung von For- schungsprojekten mit bereits erzeugten embryonalen Stammzellen	152
II. Bericht der nationalen Bioethik-Kommission NBAC zur Stamm- zellenforschung.....	153
1. Aufgabe, Zusammensetzung und Funktion der „National Bioethics Advisory Commission“ (NBAC)	153
2. Kommissionsbericht zur Stammzellenforschung.....	155
III. Förderrichtlinien der National Institutes of Health vom August 2000 ..	157
IV. Neuausrichtung durch die Bush-Administration	158
1. Die Förderentscheidung des US-Präsidenten vom 9.8.2001	158
2. Kritikpunkte an der Förderentscheidung des US-Präsidenten vom 9.8.2001	160
a) Ausreichende Verfügbarkeit von Stammzellen	160
b) Verwendungsfähigkeit für Therapien	161
c) Mangelnde Kontrolle über den privaten Sektor.....	162
d) Langfristig Verschärfung der Trennung zwischen öffentlichem und privatem Sektor	163
V. Zwischenergebnis	164
D. Zusammenfassung	164

2. Abschnitt: Frankreich als Modell mittlerer Regelungsdichte	166
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	166
I. Recht auf Leben	166
II. Menschenwürde	169
III. Forschungsfreiheit	172
IV. Auflösung grundrechtlicher Spannungen durch das Grundsatzurteil des Verfassungsrates zu den Bioethik-Gesetzen von 1994	175
V. Zwischenergebnis	176
B. Regelungen der Bioethik-Gesetze von 1994	177
I. Grundkonzeption der gesetzlichen Regelung	177
II. Regelungen zur Embryonenforschung im Einzelnen	178
1. Erzeugung von Embryonen	178
2. Aufbewahrung von Embryonen und Entstehen überzähliger Embryonen	179
3. Weitgehendes Forschungsverbot	180
4. Verfahren zur Durchführung von Studien	182
a) Stellungnahme der „Commission nationale de médecine et de biologie de la reproduction et du diagnostic prénatal“ (CNMBRDP)	182
b) Genehmigung durch das Gesundheitsministerium	184
5. Absicherung durch strafrechtliche Vorschriften	184
6. Verankerung der Rolle der nationalen Bioethik-Kommission CCNE	185
7. Überprüfung des Gesetzes nach Ablauf von fünf Jahren	187
III. Zwischenergebnis	187
C. Reformdiskussion in Frankreich	188
I. Reformdiskussion nach Ablauf der gesetzlichen Evaluierungsfrist von fünf Jahren	188
1. Bericht des Parlamentarischen Dienstes für die Beurteilung wissen- schaftlicher und technologischer Möglichkeiten „Office parlemen- taire d’évaluation des choix scientifiques et technologiques“ (OPEST)	189
2. Stellungnahme Nr. 60 der nationalen Bioethik-Kommission CCNE	189
3. Stellungnahme des Conseil d’État	190
II. Veröffentlichung des Vorentwurfs einer Gesetzesnovelle durch die Regierung	191
1. Vorentwurf einer Gesetzesnovelle der Bioethik-Gesetze von 1994	191
a) Umfassende Überarbeitung	191
b) Ermöglichung der verbrauchenden Embryonenforschung	192
c) Verbot reproduzierenden Klonens - kein Verbot des therapeuti- schen Klonens	192
d) Modifizierung des Verwaltungsverfahrens	193
2. Stellungnahme Nr. 67 der nationalen Bioethik-Kommission CCNE	195

3. Stellungnahme der Nationalen Beratenden Kommission für Menschenrechte „Commission nationale consultative des droits de l’homme“	195
4. Stellungnahme des Conseil d’État	196
III. Gesetzentwurf zur Überarbeitung der Bioethik-Gesetze vom Juni 2001	197
IV. Zwischenergebnis	198
D. Zusammenfassung	199
3. Abschnitt: Deutschland als restriktives Modell.....	201
A. Regulierung der Embryonenforschung durch Strafgesetzgebung – das ESchG von 1990	201
B. Bestimmungen des ESchG in Bezug auf die Embryonenforschung	204
I. Erzeugung von Embryonen	204
II. Entstehung überzähliger Embryonen.....	205
III. Verwendung von Embryonen für die Forschung.....	206
1. Verbot verbrauchender Embryonenforschung	206
2. Keine Gewinnung embryonaler Stammzellen aus durch in-vitro-Fertilisation erzeugten Embryonen	207
3. Auslandsbezug des ESchG – Import embryonaler Stammzellen	207
4. Verwendung bereits erzeugter embryonaler Stammzellen.....	208
IV. Verbot des Klonens	211
V. Zwischenergebnis	213
C. Diskussion über eine Überarbeitung des ESchG.....	214
I. Unterrichtung der Bundesregierung zur Klonproblematik	214
II. Positionspapier des Bundesgesundheitsministeriums für ein Fortpflanzungsmedizingesetz	215
III. Empfehlungen der DFG zur Stammzellenforschung vom Mai 2001.....	215
IV. Bericht der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“	216
V. Stellungnahme des Nationalen Ethikrates zum Import menschlicher embryonaler Stammzellen vom 20.12.2001	218
VI. Beschluß des Deutschen Bundestages vom 30.1.2002	220
VII. Stammzellgesetz vom 28.6.2002.....	221
VIII. Zwischenergebnis.....	225
D. Zusammenfassung	226

Kapitel 4 Neue Ansätze für den Embryonenschutz auf nationaler und europäischer Ebene

1. Abschnitt: Strukturelemente der untersuchten Regelungsmodelle im Vergleich.....	227
A. Grundrechtliche Vorgaben und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	227
B. Grad gesetzgeberischer Regulierung.....	229
C. Ausgestaltung von Verfahrensanforderungen	231
D. Strukturierung des bioethischen Diskurses	233
E. Zusammenfassung.....	234
2. Abschnitt: Ein neues Regelungsmodell für Deutschland de lege ferenda	235
A. Der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.....	235
I. Handlungsoptionen der Legislative	235
II. Weiterentwicklung auf Grundlage des restriktiven Ansatzes des ESchG	235
III. Keinerlei grundsätzliche Änderungen am ESchG	236
IV. Liberalisierung der strengen Regelungen des ESchG.....	236
V. Zwischenergebnis	237
B. Ein neues Regelungsmodell für die Embryonenforschung in Deutschland auf Basis einer Liberalisierung des restriktiven Ansatzes des ESchG	237
I. Ermöglichung der verbrauchenden Embryonenforschung an überzähligen Embryonen.....	237
II. Materielle Anforderungen an die Zulässigkeit eines konkreten Forschungsvorhabens.....	239
1. Bestimmung von Forschungsgebiet und Forschungszweck.....	239
2. Umfang des Embryonenverbrauchs	240
3. Herkunft der zu Forschungszwecken verwendeten Embryonen	242
4. Zustimmungspflicht, Informationserfordernis und Entscheidungsfreiheit der Spender.....	243
III. Kombination von präventiver und repressiver Kontrolle statt alleiniger Regulierung durch das Strafrecht	244
1. Präventive Kontrolle als neues Element im deutschen Regelungsmodell für die Embryonenforschung	244
2. Möglichkeiten zur Ausgestaltung eines Verfahrens präventiver Kontrolle	244
a) Ethik-Kommission als möglicher Entscheidungsträger.....	244
b) Möglichkeit eines behördlichen Genehmigungsverfahrens unter Einbeziehung einer Sachverständigenkommission	248
c) Behördliches Genehmigungsverfahren unter Einbeziehung eines interdisziplinär zusammengesetzten Beratungsgremiums..	250

3. Absicherung durch strafrechtliche Normen	251
IV. Evaluation und ggf. Überarbeitung.....	252
V. Nationale Bioethik-Kommission als Schrittmacher der öffentlichen Auseinandersetzung in Fragen der Bioethik.....	252
1. Funktionsbestimmung.....	252
2. Zusammensetzung.....	254
3. Arbeitsweise.....	255
VI. Zwischenergebnis	256
C. Zusammenfassung.....	257
3. Abschnitt: Neuorientierung auf nationaler Ebene als Chance für Fortschritte auf europäischer Ebene.....	259
A. Abhängigkeit von nationalen Regelungen und völkerrecht- licher Normierung	259
B. Neue Einigungschancen auf Grund einer liberaleren deutschen Haltung zur Embryonenforschung	261
C. Verbesserte Einigungschancen durch die Konzeption eines auf einem Gemeinschaftsgut anstatt auf einem individuellen Menschenrecht basierenden Embryonenschutzes.....	262
D. Nutzung neuer Kooperationsmöglichkeiten durch die Existenz nationaler Bioethik-Kommissionen.....	263
E. Zusammenfassung.....	265
 Ergebnisse der Arbeit.....	 267
English Summary	277
Literaturverzeichnis	287
Stichwortverzeichnis	315

Embryonenschutz im Spannungsfeld internationaler
Menschenrechte, staatlicher Grundrechte und
nationaler Regelungsmodelle zur Embryonenforschung

Haßmann, H.

2003, XIX, 317 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-540-00025-9